

Populismus in Europa

Aktuelle Trends

Seongcheol Kim

In seinem Beitrag präsentiert Seongcheol Kim aktuelle Entwicklungstendenzen rund um Populismus in Europa und differenziert diese im Sinne einer breit gefächerten Bestandsaufnahme mit Blick auf populistische Phänomene im linken, zentristischen und rechten Parteienspektrum im vergangenen Jahrzehnt aus. Hervorgehoben werden insbesondere drei Trends: das partielle Abebben der linkspopulistischen Erfolgswelle in Südeuropa (*pink tide*), das verschwindend geringe Phänomen des zentristischen Populismus und das fortschreitende Mainstreaming des rechten Randes durch etablierte Mitte-Rechts-Parteien (nicht aber mithilfe populistischer, sondern vor allem nativistischer Überschneidungen). Als Einstieg werden zuerst konzeptuelle Überlegungen zum Begriff des Populismus herausgearbeitet und im Anschluss sukzessive Abschnitte über Populismus von links, der Mitte und von rechts präsentiert.

Es ist inzwischen ein Allgemeinplatz, dass Populismus ein prägendes Phänomen der europäischen politischen Gegenwart darstellt. Sprach der einflussreiche Populismusforscher Cas Mudde bereits 2004 von einem „populistischen Zeitgeist“ (Mudde 2004), so häuften sich kaum eine Dekade später die Diagnosen eines „populistischen Moments“ (Brubaker 2017; Mouffe 2018) oder gar eines „populistischen Zeitalters“ (Gerbaudo 2017). Der im Jahr 2016 als für viele schockierend erlebte Doppelschlag „Brexit und Trump“ fungiert bis heute als Chiffre für den rasanten Aufstieg von Populismus im euroatlantischen Raum. Was ist nun zehn Jahre später aus diesem „populistischen Moment“ geworden? Ist die Tatsache etwa, dass der 2020 vollzogene Brexit von den großen Parteien in Großbritannien nicht hinterfragt wird und Donald Trump seit Anfang 2025 fest im Sattel der US-Präsidentschaft sitzt, ein Indiz dafür, dass wir in populistischen Zeiten leben? Lässt sich von einem immer fortwährenden Moment sprechen, der nie zu Ende war?

Ausgehend von diesen Fragen soll es im vorliegenden Beitrag darum gehen, einige differenzierte Überlegungen herauszuarbeiten und – soweit es im Rahmen eines Kurzbeitrags möglich ist – eine Bilanz über aktuelle Trends in Sachen Populismus (mit Schwerpunkt Europa) zu ziehen. Im Sinne einer breit gefächerten Bestandsaufnahme werden sukzessive Beobachtungen über Populismus im linken, zentristischen und rechten Parteienspektrum angerissen und unter Berücksichtigung von Fallbeispielen aus verschiedenen Teilen Europas einige Entwicklungstendenzen im vergangenen Jahrzehnt identifiziert. Im Folgenden werden zuerst einige konzeptuelle Überlegungen zum Populismusbegriff präsentiert – vor allem mit Blick darauf, wie sich verschiedene Definitionsansätze herauskristallisiert haben und welche Implikationen für die Erforschung des Phänomens gezogen werden können. Anschließend wird auf die Frage nach Entwicklungstendenzen des Populismus im linken, zentristischen und rechten Parteienspektrum nachei-



Auf einer Berliner Demonstration gegen Waffenlieferungen in die Ukraine im August 2025 wird mit populistischen Parolen ein Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ inszeniert.

© picture alliance / Ipon | Stefan Boness

inander eingegangen und dabei insbesondere auf Kontinuitäten und Verschiebungen im letzten Jahrzehnt geachtet. Zum Schluss werden im Fazit die wesentlichen Erkenntnisse des Beitrags zusammengefasst.

Zum Begriff des Populismus

Die meisten sozialwissenschaftlichen Definitionen des Populismus stimmen darin überein, dass es beim Populismus (aus dem lateinischen *populus*) um die Berufung auf ein Volkssubjekt gegen eine „Elite“ bzw. „die da oben“ geht. Bei der Vielzahl an unterschiedlichen Forschungsansätzen bzw. „Schulen“ der Populismusforschung lässt sich konstatieren, dass sich zumindest dieser Minimalkonsens über den Wesenskern des Phänomens weitgehend herauskristallisiert hat. An der Frage, welche zusätzlichen Merkmale des Populismus definitorisch vorausgesetzt werden müssen, scheiden sich wiederum die Geister. So geht Jan-Werner Müller (2016) in seiner hierzulande breit rezipierten Theorie davon aus, dass Populismus inhärent demokratiefeindlich ist und einen Alleinvertretungsanspruch gegenüber dem „Volk“ erhebt, wohingegen der demokratische oder autoritäre Charakter des Populismus nach den meisten anderen Definitionsansätzen „ambivalent“ (Rovira Kaltwasser 2012) ausfällt. Für manche Beobachter:innen appelliert Populismus nicht nur an ein „Volk“, sondern an ein als wie auch immer homogen und moralisch tadellos ausgemachtes „Volk“ (vgl. Mudde 2004), oder zeichnet sich etwa durch vulgäres Verhalten aus (vgl. Ostiguy 2009; Moffitt 2016). Was so gut wie alle etablierten Definitionsversuche verbindet, ist die Einsicht, dass Populismus eine antagonistische Gegenüberstellung von „Unten“ und „Oben“ bedeutet (vgl. De Cleen/Stavrakakis 2017): das „Volk“ bzw. „wir unten“ als ein möglichst breit angelegtes Außenseitersubjekt gegen „die da oben“ – und damit eine Berufung auf das (als unerfüllt ausgemachte) demokratische Versprechen der Volkssouveränität (vgl. Jörke/Selk 2017).

Nimmt man dieses Minimalkriterium ernst, wird bei näherer Analyse recht schnell deutlich, dass bei weitem nicht alle Parteien, die in der medialen Öffentlichkeit und in der Fachliteratur geläufig als „populistisch“ bezeichnet werden, in Wirklichkeit immer populistisch agieren. Bei der französischen Präsidentschaftswahl 2017 war der Wahlkampf Marine Le Pens insofern kaum populistisch, als sie eine kulturell aufgeladene (primär rechtsnationalistisch geprägte) Gegenüberstellung von „Patrioten“ und „Globalisten“ heraufbeschwor, wohingegen ihr liberaler Kontrahent Emmanuel Macron zumindest vor dem ersten Wahlgang mit seinen Appellen ans „Volk“ gegen das „System“ der etablierten Parteien eindeutig populistische Züge aufwies (vgl. Kim 2021b). Die letzte Regierungszeit (2015 bis 2023) von Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen erinnerte wenig an den Populismus der ersten Amtszeit der Partei (2005 bis 2007): Anstelle des Witters einer Verschwörung der dunklen „Netzwerke“ im Staat trat die Botschaft eines „guten Wandels“ mit einem (angeblich allen zugutekommenden) Ausbau des Wohlfahrtsstaats in den Vordergrund (bei gleichzeitig autoritären Maßnahmen, die aber nicht mehr populistisch in Bezug auf die „Netzwerke“ begründet wurden) (vgl. Kim 2021a; 2022b). Man könnte sogar argumentieren, dass während der ersten Amtszeit Donald Trumps (2017 bis 2021) diverse zivilgesellschaftliche Initiativen gegen den US-Präsidenten (mit Namen wie „We the people“ und „Indivisible“) populistischer geprägt waren als Trump selbst. Diese Beispiele verdeutlichen, dass Populismus nicht nur bzw. nicht immer bei den „üblichen Verdächtigen“ aufzufinden ist und oft einen flüchtigen (in diesem Sinne auch momenthaften) Charakter auf-

weist. Entgegen der problematischen Tendenz sowohl in den Medien als auch in Teilen der Forschung, Populismus mit rechter oder auch Nicht-Mainstream-Politik gleichzusetzen, muss zuerst sorgfältig analysiert und dann mit Etiketten hantiert werden. Andernfalls besteht die Gefahr einer verzerrten Darstellung der Realität (bzw. mangelnder interner Validität einer Studie), wenn man Parteien wie Front National oder PiS in den genannten Beispielen pauschal als „populistisch“ kodieren und daraus Erklärungszusammenhänge herstellen würde.

So gesehen fällt nicht zuletzt auch der „populistische Moment“ der 2010er Jahre uneinheitlicher aus als häufig angenommen. Populismus stellte auch in der vielbeachteten zweiten Hälfte des Jahrzehnts kaum eine fixe Konstellation dar, sondern ein dynamisches Mosaik, indem verschiedenste Akteurinnen und Akteure mal schon, mal nicht bzw. weniger von Populismus Gebrauch machten. Auch eine Partei wie Fidesz unter Viktor Orbán, die seit 2010 durchgängig die Regierung stellt und häufig als Paradebeispiel für Populismus gilt, war in bestimmten Phasen populistisch (am stärksten wohl während ihrer „Stop Soros“-Kampagne 2017/18), in anderen hingegen kaum (vgl. Kim 2021a; 2022b). Es besteht also die Möglichkeit, dass Regierungsparteien populistische Botschaften (gegen die angeblich von dunklen Mächten gesteuerte Opposition) richten und dass das Ausmaß an Populismus bei ein und derselben Partei variieren kann. Vergleicht man etwa die Bundestagswahlprogramme 2017 und 2021 der Alternative für Deutschland (AfD), stellt man fest, dass die Partei 2017 eine ausgeprägt populistische Gegenüberstellung von souveränem „Volk“ einerseits und verkrusteter „Oligarchie“ der „bestehenden politischen Parteien“ andererseits präsentierte, wohingegen „die da oben“ im Programm 2021 enger gefasst wurden (z. B. „Regierungspolitiker“, „Volksvertreter der etablierten Parteien“ ohne Unterstellung einer allumfassenden Parteienoligarchie) und dadurch auch die populistische Reichweite des Dualismus „Volk“/„Elite“ teilweise abgeschwächt wurde.

Das Ende des Linkspopulismus?

Besonders anschaulich wird der flüchtige, konjunkturelle Charakter des „populistischen Moments“ im linken Parteienspektrum, das in Verbindung mit Populismus beachtliche Höhen und Tiefen im vergangenen Jahrzehnt erlebt hat. Angesichts der elektoralen Durchbrüche von Syriza in Griechenland (ab 2012), Podemos in Spanien (2015/16), La France Insoumise in Frankreich (ab 2017) und der Labour Party unter Jeremy Corbyn in Großbritannien (2017) sprachen manche Beobachterinnen und Beobachter von einem *pink tide* in Anlehnung an die linkspopulistische Erfolgswelle um die Jahrtausendwende in Lateinamerika (vgl. García Agustín 2020; Prentoulis 2021). Inhaltlich war die „rosarote Welle“ in Europa dadurch gekennzeichnet, dass diese Parteien unter Berufung auf ein leidendes, wütendes „Volk“ gegen eine verkrustete „Kaste“ bzw. „Oligarchie“ ein Ende der Austeritätspolitik infolge der Eurokrise versprachen, nicht zuletzt auch ihre etablierte Mitte-Links-Konkurrenz als Teil des korrupten Machtblocks attackierten und insgesamt eine links-keynesianische wirtschaftspolitische Agenda mit gesellschaftspolitisch progressiven Forderungen verknüpften (Gleichberechtigung für Frauen, LGBT, Zugewanderte, etc.). In dieser Hinsicht argumentierte Chantal Mouffe (2018) als intellektuelle Verfechterin des Linkspopulismus, dass eine linkspopulistische Strategie zur Gewinnung der Macht eine gleichzeitige Verankerung in radikaldemokratischen Forderungen nach „Freiheit und Gleichheit für alle“ aufweisen muss.



Alexis Tsipras, damaliger Vorsitzender der griechischen linkspopulistischen Partei Syriza, spricht im Juli 2019 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Athen zu seinen Anhängern. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl trat Syriza mit dem Zusatz „Progressives Bündnis“ an.

© picture alliance/AP Photo | Petros Giannakouris

Was ist aus dem einstigen Höhenflug des Linkspopulismus geworden? Bezeichnend ist die Tatsache, dass sich die Syriza-geführten Regierungen um Alexis Tsipras (2015 bis 2019) nach ihrer Kapitulation vor den Austeritätsforderungen der Troika im Juli 2015 vor allem im Bereich kultureller Progressivismus profilieren konnten: Mit solchen Maßnahmen wie Staatsbürgerschaftsrechten für in Griechenland geborene Kinder mit Migrationshintergrund, Zivilpartnerschaftsrechten für gleichgeschlechtliche Paare und dem Prespa-Abkommen mit Nordmazedonien drückte die linke Regierungspartei vor allem gesellschaftspolitischen Fragen ihren Stempel auf (und nahm damit den Koalitionsbruch mit der rechtspopulistischen ANEL in Kauf, die vor allem aufgrund der gemeinsamen Ablehnung der Austeritätspolitik mit Syriza koalitiert hatte). Bei der Wahl 2019 trat Syriza sogar mit dem Zusatzkett „Progressives Bündnis“ an, was die Akzentverschiebung und die weitgehende Überlagerung der populistischen „Volk“/„Elite“-Gegenüberstellung durch eine (auch rhetorische) Links/Rechts-Logik der Blockbildung verdeutlichte.

Auch bei Podemos als Juniorpartner der sozialdemokratisch geführten Regierung in Spanien (2020 bis 2023) wurde eine Akzentverschiebung von linksnationalistisch-populistischer in Richtung queer-feministische Identitätspolitik bemerkbar, was sich mit der prominenten Besetzung des Gleichstellungsministeriums durch Irene Montero und dem Führungswechsel innerhalb der Partei 2021 verstärkte. Bereits nach der Parlamentswahl 2016 hatte Generalsekretär Pablo Iglesias angekündigt, dass die Strategie der (nach seiner berühmten Formulierung) „Erstürmung des Himmels“ mithilfe einer querschneidend-populistischen Rhetorik von „Volk“ gegen „Kaste“ beendet sei und eine neue Phase der inhaltlichen Konsolidierung eintreten müsse. Der Strategie Streit zwischen Iglesias und dessen Vize Íñigo Errejón um

die Frage nach der Priorisierung von populistischem Angriffskurs oder linker Bündnisbildung (unter Einbeziehung der postkommunistischen Izquierda Unida) hatte den Austritt der Errejón-Fraktion zur Folge, die 2019 Más País als Alternativprojekt gründete. Im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahl 2023 schaffte es ein Zweckbündnis aus Más País und Izquierda Unida um Arbeitsministerin Yolanda Díaz, unter dem Banner „Sumar“ Podemos als führende Kraft links von der Sozialdemokratie zu verdrängen.

Die Beispiele von Syriza und Podemos – den beiden elektoral erfolgreichsten linkspopulistischen (sowie überhaupt Links-)Parteien der 2010er Jahre in Europa – verweisen darauf, dass Linkspopulismus vor allem in der Aufstiegs- und Angriffsphase dieser Parteien als Strategiemittel zur Verfolgung des damals vorstellbaren Ziels eines elektoralen Gesamtsiegs diente. Mit der Überlagerung der populistischen „Volk“/„Elite“-Gegenüberstellung durch eine Links/Rechts-Identifikationslogik – die nicht zuletzt mit einer neuen (weniger von Krise dominierten) politischen Konjunktur einherging – und der Demobilisierung vieler Wähler:innen tendierte auch die Wahlerfolgskurve beider Parteien kontinuierlich nach unten. In diesem Zusammenhang warf ihnen Mouffe (2023) vor, nicht populistisch genug gewesen zu sein und dadurch den Schwung aus ihrer Blütezeit verspielt zu haben. Zu bedenken ist aber auch, dass gerade die populistische Zuspitzung um das Erlösungsverprechen eines elektoralen Gesamtsiegs im Alleingang und eines vollständigen Bruchs mit der Austeritätspolitik zu weitverbreiteter Resignation geführt haben dürfte, sobald eines oder beide Versprechen nicht eingelöst werden konnten (vgl. Borriello/Jäger 2023). Besonders markant ist der steile Abstiegskurs beider Parteien nach dem Abgang der charismatischen Führungsfigur (Tsipras bzw. Iglesias).

La France Insoumise (LFI) um Jean-Luc Mélenchon bildet in diesem Kontext einen Sonderfall eines permanent mobilisierenden, als Fundamentopposition auftretenden Linkspopulismus bei gleichzeitiger (wenn auch kurzlebiger) Aneignung einer Links/Rechts-Blocklogik in Form breiter Linksbündnisse (NUPES, Neue Volksfront). Anders als Podemos gelang es Mélenchon bei zwei Präsidentschaftswahlen in Folge, die etablierte Mitte-Links-Konkurrenz zu überholen und damit einen Führungsanspruch bei der Bildung des NUPES-Bündnisses zu erheben, das eine entsprechend stark linke (dafür weniger populistische) LFI-Handschrift trug (vgl. Kim 2022a). Gleichzeitig hat sich die Partei Mélenchons während der zweiten Amtszeit Macrons (seit 2022) als radikalste und entschiedenste Opposition zum Präsidenten positioniert und dabei ihren Linkspopulismus gezielter (gegen „die Macronie“) artikuliert, was mit wiederholten Amtsenthebungsinitiativen im Parlament sowie Rücktrittsforderungen an Macron einherging. Mit dem Zerfall des zweiten Linksbündnisses (Neue Volksfront) im Nachgang von dessen Überraschungserfolg bei der vorgezogenen Parlamentswahl 2024 zeigte sich in aller Deutlichkeit die Kluft zwischen der Kompromisslosigkeit von LFI einerseits, die von ihren politischen Gegner:innen immer wieder als sektiererisch und „linksextrem“ bezeichnet wird, und den Sozialdemokraten sowie deren Bündnispartnern um Raphaël Glucksmann andererseits.

Die verschwindende Mitte (des Populismus)

Auch das Phänomen des zentristischen Populismus (engl. *centrist populism*), der seit Mitte der 2000er Jahre im ostmittel- und südosteuropäischen Raum rezipiert wird (vgl. Učeň 2007; Stanley 2017), erlebte im Laufe der 2010er Jahre einen verstärkten Aufschwung. Waren es in den 2000er Jahren vor allem Parteien mittlerer Größe und höchstens kurz-

lebige Wahlgewinner (z. B. Nationale Bewegung Simeon II. in Bulgarien, Res Publica in Estland, die anfängliche Smer in der Slowakei), die als Beispiele für zentristischen Populismus angeführt wurden, traten im darauffolgenden Jahrzehnt quer durch Europa neue Formationen auf, die große Wahlerfolge erzielten, das jeweilige politische System nachhaltig mitprägen konnten und zumindest anfängliche Anzeichen für eine Art Populismus der Mitte erkennen ließen: ANO um Andrej Babiš in Tschechien, die Fünf-Sterne-Bewegung um Beppe Grillo in Italien, La République en Marche um Emmanuel Macron in Frankreich oder auch Sluha Narodou um Wolodymyr Selenskyj in der Ukraine.

Kennzeichnend für den zentristischen Populismus ist ein bewusster Eklektizismus, der eine diffuse Mischung aus Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Inhalten mit dem Argument verknüpft, dass „links“ und „rechts“ letztlich nutzlose Kategorien seien, die von den etablierten Parteien verkauft würden, um ihre Gemeinsamkeiten in der Korruption und Inkompetenz zu verdecken (vgl. Kim 2022b). Somit wird der Populismus von „Volk“ bzw. „Menschen“ gegen „Elite“ mit dem Anspruch verbunden, jenseits von „links“ und „rechts“ zu sein und tatsächlich auch Inhalte aus beiden Richtungen gegen einen als monolithisch und verkrustet ausgemachten Machtblock zu vertreten. Typisch für einen solchen Eklektizismus sind beispielsweise Forderungen nach Bürokratieabbau und einer unternehmensfreundlichen Steuerpolitik, gleichzeitig aber auch nach Mindestloohnerhöhungen sowie staatlichen Investitionsprogrammen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur (bei Babiš besonders ausgeprägt, auch bei Sahra Wagenknecht hierzulande deutlich bemerkbar).

Die Fünf-Sterne-Bewegung kombinierte etwa austeritätskritische und grüne Inhalte (mit anfänglichen Affinitäten zu Postwachstumskonzepten) mit gewerkschafts-, massenme-



Demonstrierende beim zweiten „Vaffanculo“-Tag („Verpissst-euch“-Tag) im April 2008 in Turin: Die von Beppe Grillo initiierte Protestaktion gegen die amtierende Regierung arbeitet mit Berlusconi als Pinocchio und dem erhobenen „V“ als Zeichen des Protests und des Sieges.

© picture-alliance/ dpa | Tonino_Di_Marco

dien- und später auch teilweise migrationsfeindlichen Positionen, die eine offene Wut auf das politische Establishment zum Ausdruck brachten (beginnend mit den von Grillo inszenierten Kundgebungen an den „Verpisst-Euch-Tagen“). Besonders markant waren bei Babiš und Selenskyj beim elektoralen Debüt 2013 bzw. 2019 die Behauptung, „kein Politiker“ zu sein und dadurch eine nicht-korruptible (sowie betriebswirtschaftlich kompetente) Alternative zum gesamten Spektrum an Politiker:innen und Parteien bieten zu können. Macron wies seinerzeit eine Kombination von wirtschafts- und gesellschaftspolitischem Liberalismus auf, die vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2017 populistische Appelle gegen das etablierte „System“ der Links- und Rechtsparteien integrierte, die aber im Vorfeld der Stichwahl zugunsten einer Botschaft der nationalen Einheit verschwanden (vgl. Kim 2021b).

Bei allen genannten Parteien ist seitdem entweder der Zentrismus und/oder der Populismus weggefallen, was nicht zuletzt mit einer Überlagerung durch eine Links/Rechts-Rhetorik einhergeht (einen Sonderfall hierbei bildet die Ukraine, die sich seit Februar 2022 in einem Ausnahmezustand unter Kriegsrecht befindet). ANO und die Fünf-Sterne-Bewegung stellen in dieser Hinsicht Kontrastfälle dar, die sowohl inhaltlich als auch in der Blockbildung jeweils nach rechts bzw. links gerückt sind. Bemerkenswerterweise hatte ANO von 2018 bis 2021 in Koalition mit den Sozialdemokraten (unter Duldung der Kommunisten) regiert, ging aber bei der Parlamentswahl 2021 dazu über, einen (weniger populistischen) Wahlkampf gegen die angeblich „linksgrüne“ Verbots- und Bevormundungspolitik der EU und der Piratenpartei zu führen und damit am rechten Rand des Parteienspektrums zu fischen, nachdem sie sozialpolitisch bereits den Sozialdemokraten und Kommunisten den Wind aus den Segeln genommen hatte. Dieser Rechtsruck zeigte sich in aller Deutlichkeit mit dem Beitritt in die „Patrioten für Europa“-Fraktion im Europaparlament (nachdem die Partei zehn Jahre lang mit den Liberalen gesessen hatte) und der Bildung einer Koalitionsregierung mit zwei Rechtsaußenparteien nach der Parlamentswahl 2025. Die Fünf-Sterne-Bewegung hingegen näherte sich der Demokratischen Partei (PD) nach dem gescheiterten Experiment einer populistischen Koalitionsregierung mit der Lega (2018 bis 2019). Abgesehen vom Koalitionskabinett mit der PD (2019 bis 2021) hat sie auch nach der Parlamentswahl 2022 mit der auf Führungsebene nach links gerückten PD Wahlbündnisse auf kommunaler und regionaler Ebene gebildet und sich überraschenderweise auch der Linksfraktion im aktuellen Europaparlament angeschlossen. Dieser Kurswechsel hat sogar einen öffentlichkeitswirksamen Bruch sowohl mit dem Gründungsvater Grillo als auch mit der Firma CasaLeggio auf einflussreichem Dienstleister der Online-Plattform der Partei ausgelöst bzw. vertieft.

Mainstreaming rechter Politik – ohne Populismus

Nirgendwo sonst im Parteienspektrum ist Populismus im vergangenen Jahrzehnt ein häufiger diskutiertes Phänomen gewesen als von rechts. Dabei war und ist auch die Kluft zwischen „populist hype“ (Glynos/Mondon 2019) und Realität nirgendwo größer als im rechten Spektrum. Auch bei mehreren nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2017, die im Anschluss an „Brexit und Trump“ als potenzielle Stunde der Populisten stilisiert wurden, fielen die Wahlkämpfe der großen Herausfordererparteien von Rechtsaußen wenig populistisch aus: So führten die Partei für die Freiheit (PVV) um Geert Wilders in den Niederlanden sowie

die Front National um Marine Le Pen in Frankreich bei den jeweiligen Wahlen stark nationalistisch gefärbte Kampagnen gegen „Islam“ oder auch „die Globalisten“, ließen aber die populistische Konstruktion eines monolithischen Machtblocks vermissen, die sie bei früheren Wahlen sogar in den Vordergrund gestellt hatten (vgl. Kim 2021b). Gleichzeitig gab es im letzten Jahrzehnt in Europa sehr wohl eine große Vielfalt an rechten Populismen sowie Entwicklungsrichtungen, aus denen sie kamen. Beispielsweise radikalisierte sich die AfD in Deutschland von einem ordoliberal geprägten „Wettbewerbspopulismus“ gegen die Eurokrisenpolitik der „Altparteien“ (vgl. Bebnowski 2015) hin zu einem zunehmend völkisch ausgerichteten Populismus gegen die angebliche Umvolkungspolitik der (als verkrustete Oligarchie ausgemachten) „Altparteien“. Demgegenüber entwickelte sich etwa Jobbik in Ungarn in umgekehrter Richtung von einer offen neofaschistischen Partei mit populistischen Elementen hin zu einem bewusst moderat-nationalkonservativ anmutenden Populismus im Rahmen einer Entradikalisierungsstrategie der „Volksparteiwerdung“ (vgl. Kim 2022b).

In diesem Zusammenhang lassen sich zwei allgemeine Trends hervorheben. Zum einen hat der Neofaschismus am äußersten Rand des rechten Spektrums vergleichsweise an Glanz verloren: Mit Jobbik in Ungarn, Marian Kotlebas Volkspartei in der Slowakei und der Goldenen Morgenröte in Griechenland sind die drei erfolgreichsten neofaschistischen Parteien Europas der 2010er Jahre (mit populistischen Elementen insbesondere im Fall Jobbik) aus diversen Gründen so gut wie ausgestorben, wobei neue Rechtsaußenparteien an ihre Stelle getreten sind. Zum anderen aber besteht ein prägendes Merkmal der gegenwärtigen Konstellation in Europa darin, dass ein fortschreitendes „Mainstreaming“ der Politikinhalt von Rechtsaußen durch Mitte-Rechts-Parteien zu beobachten ist (vgl. Mudde 2019; Mondon/Winter 2020) und dass ehemals weitgehend isolierte Rechtsaußenparteien in mehreren Ländern eine führende, koalitionsbildende Rolle gegenüber ihrer rechts-offenen Konkurrenz übernommen haben. Besonders markant lässt sich dies in den letzten Jahren in Frankreich und den Niederlanden beobachten: Die PVV konnte als stärkste Partei bei der niederländischen Parlamentswahl 2023 ein (letztlich kurzlebige) Koalitionskabinett mit drei Mitte-Rechts-Parteien bilden, während dem Rassemblement National im Vorfeld der vorgezogenen französischen Parlamentswahl 2024 ein beispielloser Coup gelang, als Éric Ciotti als Vorsitzender der Republikaner sich für ein rechtes Wahlbündnis unter RN-Führung aussprach (und damit seine Absetzung als Parteichef in Kauf nahm). Es lässt sich also beobachten, dass das Mainstreaming bzw. die partielle Übernahme und Normalisierung des rechten Randes durch Mitte-Rechts-Parteien mit einer (zumindest Teil-)„Radikalisierung des Mainstreams“ selbst bzw. dessen Abdriften weg von der Mitte einhergeht (vgl. Mondon/Winter 2020).

Bemerkenswert ist dabei, dass sich dieses Mainstreaming kaum um Populismus („Volk“ gegen „Elite“) dreht, sondern in erster Linie um Nativismus („Nation“ gegen „Fremde“). Mit anderen Worten: Mitte-Rechts-Parteien nähern sich ihrer Rechtsaußenkonkurrenz an, indem sie nativistischer werden – nicht indem sie populistischer werden. Mudde (2007; 2019) identifiziert drei ideologische Elemente, die Rechtsaußenparteien heute im Allgemeinen kennzeichnen: Autoritarismus, Nativismus und häufig auch Populismus, wobei Nativismus als „Kernmerkmal der Ideologie dieser Parteifamilie“ fungiere (Mudde 2007: 26). Gerade Nativismus ist es auch, der Rechtsaußenparteien und rechtsoffene Konservative zunehmend verbindet und für letztere inhaltlich



Marine Le Pen, Vorsitzende des rechtsnationalistischen Rassemblement National, kritisiert im Oktober 2020 bei einer Pressekonferenz nahe Paris den EU-Migrationspakt als „Suizid Europas“ und nutzt die Debatte zur Mobilisierung gegen Migration und europäische Integration.

© picture alliance / abaca | Lafargue Raphael/ABACA

anschlussfähig ist (vgl. hierzu auch den Beitrag von Anna-Sophie Heinze und Léonie de Jonge in dieser Ausgabe). Die rechts geführten Koalitionsregierungen in den Niederlanden oder auch in Italien waren bzw. sind kaum durch eine populistische Ablehnung der „etablierten Parteien“ oder auch der „politischen Klasse“ getrieben – was auch schwer vorstellbar wäre, da etablierte Parteien zu diesen Koalitionen gehör(t)en –, sondern vielmehr durch Gemeinsamkeiten etwa in der Asyl- und Migrationspolitik oder auch im Bereich innere Sicherheit bzw. *law and order*. Auch Friedrich Merz' „Stadtbild“-Aussage vom Oktober 2025, die kontroverse öffentliche Debatten hierzulande auslöste, ist beispielhaft für eine Annäherung an nativistische Botschaften von Rechtsaußen, die sich auch in der AfD als Resultat innerer Radikalisierungsprozesse durchgesetzt hatten: Als Jörg Meuthen als vermeintlich moderater Vertreter der AfD-Führungsspitze auf dem Parteitag 2017 die Aussage „Ich sehe nur noch vereinzelt Deutsche“ (in deutschen Innenstädten) tätigte, war dies im damaligen Kontext ein vielsagender Gradmesser für die Entwicklungsrichtung der Partei.

Fazit

Was bleibt vom „populistischen Moment“, der vor einer Dekade in aller Munde war? Im vorliegenden Beitrag wurde diese Frage mit Blick auf unterschiedliche Nuancen im linken, zentristischen und rechten Parteienspektrum differenziert angegangen. Im linken Spektrum diente Linkspopulismus in erster Linie als Strategiemittel zur Gewinnung der Exekutivmacht in Verbindung mit dem zentralen Versprechen eines Bruchs mit der Austeritätspolitik infolge der Eurokrise. Das Abflauen der Krisenkonjunktur bzw. das Verfehlen der gesetzten Ziele ging mit einer Abschwächung des Linkspopulismus sowie dessen partieller Überlagerung durch einen Links/Rechts-Diskurs einher, wobei die französische LFI als Sonderfall einer permanenten linkspopulistischen Mobilisierung sowie Fundamentaloppositions-

haltung heraussticht. Auch das Phänomen des zentristischen Populismus hat sich – zumindest auf der Ebene der großen elektoralen Durchbrüche – als kurzlebig erwiesen, da entweder der Zentrismus oder der Populismus aufgegeben wurde, wobei eine Partei wie das Bündnis Sahra Wagenknecht in Deutschland als jüngster Nachzügler in diesem Feld betrachtet werden könnte (mit einer diffusen Mischung aus sozioökonomisch links tendierenden und soziokulturell rechts tendierenden Inhalten sowie akribischer Vermeidung von Links/Rechts-Selbstverortungen in der Außendarstellung der Partei). Im rechten Spektrum lässt sich zuerst die besonders große Kluft zwischen nachgesagtem und reellem Populismus hervorheben, wobei gerade hier eine reiche Vielfalt an verschiedenen Populismen aufzufinden ist. Als besonders wichtiger Aspekt der gegenwärtigen Konstellation wurde das fortschreitende Mainstreaming des rechten Randes durch dessen Mitte-Rechts-Konkurrenz identifiziert – einschließlich der Normalisierung von Rechtsaußenparteien als führenden Bündnis- oder Koalitionspartnern –, was sich in erster Linie auf Überschneidungen mit deren Nativismus (und nicht so sehr auf deren Populismus) zurückführen lässt.

An dieser Stelle wird es umso deutlicher, dass ein analytisch differenzierter Blick auf die einzelnen ideologischen Elemente dieser Parteien vonnöten ist. Die Forderung nach weniger Einwanderung ist an sich nicht populistisch: Auch wenn sie zusätzlich populistisch begründet und eingerahmt werden kann („Masseneinwanderung“ als Elitenverschwörung o. Ä.), bildet die Gegenüberstellung vom Nationalen gegen das Fremde in erster Linie ein Paradebeispiel für (nationalistisch gefärbten) Nativismus. Gerade mit Blick auf den (zumindest permissiven) Konsens, der sich in vielen Ländern Europas und Nordamerikas herauszubilden scheint – nämlich: weniger Einwanderung, mehr Grenzsicherheit und weit größere nationale Verteidigungsbudgets wagen – stellt sich vielmehr die Frage, ob wir nicht einen *nativistischen* Moment erleben, der näher analysiert, diskutiert und natürlich auch weiter ausdifferenziert werden müsste.

PD Dr. Seongcheol Kim

KURZVITA

ist Privatdozent im Fach Politikwissenschaft an der Universität Freiburg und Assoziierter Wissenschaftler am Centre for Global Studies an der Universität Victoria in Kanada. Er forscht zu Phänomenen wie Populismus, Parteien und Parteiorganisation, Nationalismus, sozialen Bewegungen und radikaler Demokratie aus vergleichender europäischer Perspektive.

ANMERKUNGEN

- 1 Entscheidend ist also nicht das Wort „Volk“ per se – es könnte genauso gut „die Menschen“, „die Bürger“ oder auch „die 99 Prozent“ sein –, sondern das antagonistische Verhältnis von (möglichst breit gefasstem) Unten gegen Oben. Im Englischen – der Sprache also, von der aus der Begriff „Populismus“ popularisiert wurde – trägt „the people“ diese Vieldeutigkeit (sowohl ein als einheitlich ausgemachtes „Volk“ als auch die individuellen „Menschen“).
- 2 Im Folgenden wird die Begriffsverwendung von Cas Mudde (nämlich Nativismus als Kombination von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit) übernommen. Dabei besteht sehr wohl die Möglichkeit, dass Nativismus als allgemeine Logik gegen „Fremde“ in unterschiedliche Richtungen zum Ausdruck kommt (z. B. klassenbezogen, regional etc.).

LITERATUR

- Bebnowski, David (2015): *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*. Wiesbaden.
- Borriello, Arthur/Jäger, Anton (2023): *The Populist Moment: The Left after the Great Recession*. London.
- Brubaker, Rogers (2017): *Between Nationalism and Civilization. The European Populist Moment in Comparative Perspective*. In: *Ethnic and Racial Studies* 40, Heft 8/2017, S. 1191–1226.
- De Cleen, Benjamin/Stavrakakis, Yannis (2017): *Distinctions and Articulations: A Discourse Theoretical Framework for the Study of Populism and Nationalism*. In: *Javnost – The Public* 24, Heft 4/2017, S. 301–319.
- García Agustín, Óscar (2020): *Left-Wing Populism: The Politics of the People*. Bingley.
- Gerbaudo, Paolo (2017): *The Populist Era*. In: *Soundings* 65, S. 46–58.
- Glynos, Jason/Mondon, Aurelien (2019): *The Political Logic of Populist Hype: The Case of Right-wing Populism's 'Meteoric Rise' and Its Relation to the Status Quo*. In: Paolo Cossarini/Fernando Vallespín (Hrsg.): *Populism and Passions: Democratic Legitimacy after Austerity*. Abingdon/New York, S. 82–101.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg.
- Kim, Seongcheol (2021a): *... Because the Homeland Cannot Be in Opposition: Analysing the Discourses of Fidesz and Law and Justice (PiS) from Opposition to Power*. In: *East European Politics* 37, Heft 2/2021, S. 332–351.
- Kim, Seongcheol (2021b): *Populism and Anti-Populism in the 2017 Dutch, French, and German Elections: A Re-Politicisation of Post-Politics?* In: Claudia Wiesner (Hrsg.): *Rethinking Politicisation in Politics, Sociology and International Relations*. Cham, S. 107–128.
- Kim, Seongcheol (2022a): *Das Ende eines Zyklus? Podemos und France Insoumise als Volksparteien neuen Typs*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35, Heft 3/2022, S. 441–451.
- Kim, Seongcheol (2022b): *Discourse, Hegemony, and Populism in the Visegrád Four*. Abingdon/New York.
- Moffitt, Benjamin (2016): *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style, and Representation*. Stanford.
- Mondon, Aurelien/Winter, Aaron (2020): *Reactionary Democracy: How Racism and the Populist Far Right Became Mainstream*. London.
- Mouffe, Chantal (2018): *Für einen linken Populismus*. Berlin.
- Mouffe, Chantal (2023): *Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte*. Berlin.
- Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 39, Heft 4/2004, S. 541–563.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*. Cambridge.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?* Berlin.
- Ostiguy, Pierre (2009): *The High-Low Divide: Rethinking Populism and Anti-Populism*. In: *Committee on Concepts and Methods Working Paper Series*, 35.
- Prentoulis, Marina (2021): *Left Populism in Europe: Lessons from Jeremy Corbyn to Podemos*. London.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012): *The Ambivalence of Populism: Threat and Corrective for Democracy*. In: *Democratization* 19, Heft 2/2012, S. 184–208.
- Stanley, Ben (2017): *Populism in Central and Eastern Europe*. In: Cristóbal Rovira Kaltwasser/Paul Taggart/Paulina Ochoa Espejo/Pierre Ostiguy (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford, S. 140–158.
- Učeň, Peter (2007): *Parties, Populism, and Anti-Establishment Politics in East Central Europe*. In: *SAIS Review of International Affairs* 27, Heft 1/2007, S. 49–62.

Impressum

Die Zeitschrift »Bürger & Staat« wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.
Direktorin der Landeszentrale: Sibylle Thelen
Redaktion: Dr. Maïke Hausen, Heilbronner Straße 35, 70191 Stuttgart, maïke.hausen@lpb.bwl.de
Druckvorbereitung: Schwabenverlag Aktiengesellschaft, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern, Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-174
Druck: Kern GmbH, In der Kolling 120, 66450 Bexbach, Telefon: 0 68 26/9 34 10-215, www.kerndruck.de
Versand: Braun Direktwerbung GmbH, Johannes-Majer-Str. 6, 72141 Walddorfhäslach, Tel.: 0 71 27/56 09 19-2.
»Bürger & Staat« erhalten Sie über den Online-Shop der LpB: www.lpb-bw.de/shop
Schulen und andere Bildungseinrichtungen können auf Anfrage in den kostenfreien Erstverteiler der Zeitschrift aufgenommen werden.
Anfragen dazu bitte an: christopher.scruton@lpb.bwl.de
Für die inhaltlichen Aussagen der Beiträge tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.